

Jens Spahn warnt vor der Schuld an der Corona-Krise

Berlin. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat vor der Schuld gewarnt, wenn er sich mit der Koronapandemie auseinandersetzt. „Wir sollten aufpassen, dass 2021 nicht das Jahr der Schuld ist. Es ist wichtig, über Fehler und Misserfolge zu sprechen. Aber ohne dass es unerbittlich wird. Ohne dass es nur darum geht, anderen die Schuld zu geben“, sagte Spahn von „Bild am Sonntag“ („BamS“). Spahn ist derzeit teilweise für fehlende Impfstoffe verantwortlich. Aber er kündigte früh an, dass es zuerst sehr wenig und dann zunehmend mehr geben würde. Zu Beginn der Pandemie im April bat er um Verständnis für schwierige …

Berlin. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat vor der Schuld gewarnt, wenn er sich mit der Koronapandemie auseinandersetzt. „Wir sollten aufpassen, dass 2021 nicht das Jahr der Schuld ist. Es ist wichtig, über Fehler und Misserfolge zu sprechen. Aber ohne dass es unerbittlich wird. Ohne dass es nur darum geht, anderen die Schuld zu geben“, sagte Spahn von „Bild am Sonntag“ („BamS“).

Spahn ist derzeit teilweise für fehlende Impfstoffe verantwortlich. Aber er kündigte früh an, dass es zuerst sehr wenig und dann zunehmend mehr geben würde.

Zu Beginn der Pandemie im April bat er um Verständnis für schwierige politische Entscheidungen in der Corona-Krise. Im Bundestag sagte er, „dass wir in ein paar Monaten wahrscheinlich viel zusammen vergeben müssen“. Neben der

Politik wird es auch eine Phase für Gesellschaft und Wissenschaft geben, in der man erkennt, dass man an dem einen oder anderen Ort falsch gelegen hat oder dass etwas korrigiert werden muss.

Lesen Sie weiter nach der Anzeige

Epidemologen: Debatte über Lockerung zu früh Lockdown

Vor anderthalb Wochen haben Bund und Länder die geltenden Sperrbeschränkungen verschärft und zunächst auf den 14. Februar beschränkt. In der Zwischenzeit werden die Stimmen jedoch immer lauter und fordern ein Ende der Sperrung. Epidemiologen halten diese Debatte für verfrüht.

„Aus epidemiologischer Sicht ist mir nicht klar, warum derzeit über eine frühzeitige Lockerung diskutiert wird“, sagte Hajo Zeeb vom Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie bei der Nachrichtenagentur doa. Unter anderem verwies er auf die Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner und Woche - 112,6 am Samstagmorgen - und geht davon aus, dass sie Anfang Februar knapp unter 100 liegen werden. „Immer noch sehr hoch und tödlich für Hunderte jeden Tag. Und nur wenn sich die neue Variante (des Coronavirus) nicht deutlich bemerkbar macht.“

Die Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Epidemiologie, Eva Grill, sagte gegenüber der dpa: „Die Debatte über die Lockerung macht mir große Sorgen.“ Der wissenschaftliche Konsens ist, dass es notwendig ist, die Anzahl der Fälle schnell und drastisch zu reduzieren. „Wenn die derzeitige Sperrung zu früh gelockert wird, riskieren wir eine dritte Welle, die uns stärker treffen wird, da die neue Virusvariante wesentlich ansteckender ist.“ Laut Grill sollte nun ein 7-Tage-R-Wert von 0,7 angestrebt werden. Der R-Wert gibt an, wie viele Personen eine infizierte Person infiziert. Derzeit liegt er knapp unter 1.

Wir vermuteten die Kraft, mit der Corona zurückkehren konnte, aber die große Mehrheit wollte es nicht zugeben.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hält die Lockerungsdiskussion für verfrüht. „Die Entwicklung ist vorsichtig positiv, aber es gibt keinen Grund, die Maßnahmen vorzeitig einzustellen. Die Zahlen sind immer noch zu hoch“, sagte er zu „Bild am Sonntag“. Sein niedersächsischer Kollege Stephan Weil (SPD) erklärte in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung: „Da wir aber das wahre Ausmaß der lokalen Mutationen nicht kennen, können wir das Risiko jetzt nicht eingehen und nur eine selektive Lockerung vor uns ausprobieren von Zeit.“

Laut Spahn sind Politik und Bürger gemeinsam für die hohen Infektionsraten und Todesfälle in der zweiten Welle der Pandemie verantwortlich. „Wir hatten alle das trügerische Gefühl, das Virus unter Kontrolle zu haben. Wir vermuteten die Kraft, mit der Corona zurückkehren konnte, aber die große Mehrheit wollte es nicht zugeben.“

Er gab zu, dass die Bundesregierung und die Bundesländer zu zögerlich seien: „Bei geringfügigen Infektionen hätten wir im Oktober härtere Maßnahmen ergreifen müssen.“ und Virologen hatten befürwortet. Die Skeptiker könnten sich von Teilen der Opposition und den Bürgern unterstützt fühlen.

Deutschland hat laut Spahn ein neues Corona-Medikament gekauft, 200.000 Dosen für 400 Millionen Euro. „Ab nächster Woche werden die monoklonalen Antikörper in Deutschland als erstes Land in der EU eingesetzt. Zuerst in Universitätskliniken“, sagte er. Ex-US-Präsident Donald Trump wurde nach seiner

Koronainfektion mit dieser Form von Antikörpern behandelt, wie von der „BamS“ berichtet. „Die Verabreichung dieser Antikörper kann Hochrisikopatienten in der frühen Phase helfen, einen schweren Verlauf zu verhindern“, erklärte Spahn.

Inspiziert vom LVZ Newsticker -> Zum kompletten Artikel

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)